

Pressespiegel = Reflets de presse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 23

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Région bâloise: une commission écologique va s'attaquer aux problèmes énergétiques

La conférence tripartite de l'Organisme de la Regio Basiliensis qui groupe des représentants de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne d'une part, de l'Alsace et du Pays de Bade d'autre part, dans le dessein de régler au mieux certains problèmes concernant les trois régions, vient d'obtenir un résultat effectif au niveau international.

A son instigation, une commission va en effet être créée ce lundi 3 novembre à l'échelon des gouvernements nationaux de Suisse, de France et d'Allemagne: elle aura pour tâche d'étudier la question de la production d'énergie en rapport avec la protection de l'environnement et la salubrité de l'air.

Plusieurs expertises ont déjà été réalisées dans ce domaine par un groupe de travail de la conférence tripartite et elles serviront de base aux études qui seront entreprises en commun.

Deux sièges bernois

La Confédération aura quatre sièges dans cette commission internationale. Deux sont pourvus: le Conseil fédéral a désigné, comme représentants permanents, l'ambassadeur Emanuel Diez et le juriste Bernard Dubois qui sont tous deux attachés au Département politique. Les autres sièges seront occupés selon les circonstances et selon l'ordre du jour des séances.

Bâle-Ville et Bâle-Campagne auront chacun deux sièges qui seront tenus par les conseillers d'Etat Jenny et Wyss pour Bâle-Ville, Manz et Nyffeler pour Bâle-Campagne.

La conférence tripartite espère que cette nouvelle commission soutiendra les efforts déployés par son groupe de travail dans le domaine de l'écologie et qu'elle lui fournira les fonds nécessaires à la poursuite de son œuvre.

La Regio Basiliensis et la conférence tripartite ont accompli jusqu'ici, sur le plan régional, un immense travail de recherche et d'approche qui n'a pas encore été concrétisé par des réalisations pratiques.

La création de cet organisme à l'échelon des gouvernements nationaux est en quelque sorte leur première grande réussite.

Mieux vaut tard que jamais

On pense peut-être – particulièrement en relation avec Kaiseraugst – que la constitution de cette commission arrive un peu tard.

Mieux vaut tard que jamais. Il y a d'ailleurs encore beaucoup de lumière à projeter sur les problèmes posés par la production d'énergie avant que clarté soit faite.

Au demeurant, ça ne fait que commencer et si cette commission parvient à élaborer une conception claire, répondant franchement aux questions des adversaires des centrales nucléaires, et, dissipant par là l'inquiétude et les malentendus, son intervention n'aura pas été trop tardive.

G. Curdy

«24 heures», Lausanne, 2 novembre 1975

Zur neuesten Informationspolitik im Fall Kaiseraugst

Wie lange will der Bundesrat noch Lehrgeld zahlen für eine verfehlte Informationspolitik, wie sie im Fall Kaiseraugst schon so viel Unheil angerichtet hat und trotzdem nach Abschluss der Expertengespräche zwischen den Kraftwerkbesetzern und der Bundesverwaltung erneut praktiziert wird? Sollte nicht jeder, zu dessen Pflichtenkreis der Umgang mit den Massenmedien gehört, wissen, dass die Aktualität und Schnelligkeit einer Information

für die Wirkung in der Öffentlichkeit entscheidend ist? Und zeigt nicht die Erfahrung immer wieder, wie schwierig es ist, eine falsche oder unvollständige und einseitige Information nachträglich zu berichtigen, weil beim Leser immer etwas hängenbleibt und er Berichtigungen ohnehin ein gewisses Misstrauen entgegenbringt?

Trotzdem muss es die Öffentlichkeit jetzt erleben, dass sie über den Abschluss der Kaiseraugster Expertengespräche zuerst und ausschliesslich vom Parteistandpunkt der Kraftwerkgegner aus orientiert wird. Da wird am 21. Oktober mit der vollen Wucht einer synchronisierten Berichterstattung über eine Pressekonferenz in Radio, Fernsehen und Presse der Öffentlichkeit erklärt, die Einwände der Kraftwerkgegner hätten sich auf der ganzen Linie als durchschlagskräftig erwiesen; die Standortbewilligung sei zu Unrecht erteilt worden; es bestehe dafür keine gesetzliche Grundlage, so dass eine Weiterführung des Baus gesetzswidrig sei.

Geben sich der Bundesrat und das Energiewirtschaftsdepartement wirklich keine Rechenschaft über die verheerenden Folgen einer solchen einseitigen Information durch die Kraftwerkgegner? Warum schweigen die Bundesexperten nach Abschluss der offiziellen Gespräche auf Expertenebene und überlassen das Feld für die Orientierung der Öffentlichkeit ganz der Gegenseite? Werden damit die Gespräche mit dem Bundesrat, die schon im November stattfinden sollen, nicht so präjudiziert, dass der Bundesrat, ob er es will oder nicht, unter den Druck der Strasse gerät?

Die bisherige Informationspolitik der Behörden, aber auch der Bauherrin, im Fall Kaiseraugst ist ein Musterbeispiel dafür, wie jedes Entgegenkommen als Schwächezeichen sofort ausgenutzt wird und den Weg zur vollständigen Kapitulation vorbereiten soll. Wie lange soll diese Politik der schrittweisen Erpressung – schon vor der zweiten Verhandlungsrunde mit dem Bundesrat wird für den Fall des Scheiterns wieder mit einer Besetzung gedroht – zum Schaden unseres Rechtsstaats noch geduldet werden?

Diskussionsbeitrag von Fritz Wanner

«Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 25. Oktober 1975

«Fall Kaiseraugst» bewegt Armee nicht

Mit Schreiben vom 28. Oktober hat Bundesrat Ritschard auf den unlängst von der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) publizierten Brief geantwortet und festgehalten, dass ihm nichts bekannt sei davon, «dass in der Armee neuerdings der Fall Kaiseraugst geübt» werde. Die GAK müsse sich in dieser Sache ans EMD wenden. Gegenüber der Depeschenagentur wurde dort erklärt, es sei nichts Derartiges bekannt.

sda. Im übrigen könnte die Armee für solche Fälle niemals direkt eingesetzt werden, höchstens im Hintergrund zur Unterstützung der Polizei.

«Nach welchen Gesichtspunkten», wollte die GAK von Ritschard ferner wissen, «wählen Sie Ihre Experten aus?» Experten müssten, antwortet Ritschard, in erster Linie fachkundig sein und Kontakt mit der Praxis haben. Wenn sie an einem Projekt selbst beteiligt seien, müssten sie jedenfalls in den Ausstand treten. Weiter erinnerten die GAK-Leute Ritschard daran, dass er früher Verwaltungsrat der Atel-Werke gewesen sei und bezweifelten, ob er in Sachen Energieprobleme deshalb noch «entscheidungsfrei» sei. Dazu der EVED-Chef: «Aus welchem Grunde diese frühere Funktion, die ich von Amtes wegen auszuüben hatte, meine Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen sollte, kann ich nicht erkennen. Ich war persönlich nie Aktionär der Atel, und ich besitze auch keine Aktien irgendeiner anderen Unternehmung.» Ferner wollte die GAK wissen, ob es stimme, dass die Gemeinde Bex «trotz einstimmiger Ablehnung durch den Gemeinderat gezwungen werden soll, die Lagerung von hochradioaktiven Abfällen in ihren Salzbergwerken zuzulassen»? Ritschard antwortete, davon sei ihm nichts bekannt. Die Behörden von Bex hätten ihm sicher geschrieben. Im übrigen läge bei ihm kein Gesuch vor für die Lagerung von Abfällen.

Noch keine Bewilligung für Rütli

Weiter hält der Energieminister fest, für ein Kernkraftwerk Rütli seien durch Bundesstellen noch keine Bewilligungen erteilt worden. Schliesslich vertrat die GAK die Meinung, der Rechtsstaat schütze uns nicht vor der Verschmutzung der Luft, der Gewässer usw. «Wie kann sich, Herr Bundesrat, der Bürger mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen diesen Rechtsstaat, der im Fall Kaiseraugst immer angerufen wird, zur Wehr setzen?» Dazu Ritschard: durch die Wahl der Volksvertreter, durch das Petitions-, Referendums- und Initiativrecht und schliesslich durch die Volksabstimmungen. «Vaterland», Luzern, 1. November 1975

Schweizerische Kernkraftwerke als Modell für die übrige Welt?

Professor A. Weinberg, einer der Pioniere der Kerntechnik und heutiger Direktor des Institute for Energy Analyses in Oak Ridge, Tennessee, äusserte sich in einem vielbeachteten Vortrag im Rahmen des diesjährigen, von der Universität Bern durchgeführten Collegium Generale «Der Mensch und seine Umwelt» unter anderem auch über die Sicherheitsfragen beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in der Schweiz.

Nukleare Technologie ist anspruchsvoll

«Meine Besuche in schweizerischen Kernkraftwerken haben mich äusserst beeindruckt, und ich glaube, dass das hohe Niveau der wissenschaftlichen und technischen Betreuung dieser Anlagen sehr wohl als Modell für die übrige Welt gelten kann», meinte Prof. A. Weinberg. «Die nukleare Technologie ist vielleicht die anspruchsvollste und auf Fehler am unbarmherzigsten reagierende Technologie. Eine akzeptable Handhabung kann daher nur unter Aufsicht von hochqualifizierten Fachkräften und mit Beachtung der strengsten Sicherheitsvorkehrungen erfolgen», erläuterte der Wissenschaftler weiter und attestierte der Schweiz – ohne dabei im speziellen auf die im Gesetz verankerten Vorschriften für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken einzugehen, die zum Teil weit über den internationalen Normen liegen – anhand unserer Luftfahrt und der Armee die prinzipielle Fähigkeit, die Technik unter Kontrolle zu halten.

Betreuung

Die Frage stellt sich nun, ob eine solche Betreuung der Anlagen über Jahre hinweg und nachdem der Betrieb schon zur Routine geworden ist, eingehalten werden kann. In dieser Richtung ist, wie Prof. A. Weinberg meinte, allein schon mit sozialem Prestige viel erreicht. Überdies wird, je länger eine Anlage in Betrieb ist, der Bedarf an menschlichen Entscheidungen und Eingriffen entsprechend kleiner.

Hinsichtlich der Sicherheit besitzen Kernkraftwerke eine grosse Ähnlichkeit mit den Staudämmen, wo die Wahrscheinlichkeit von Grossunfällen sehr klein ist. «Die Häufigkeit schwerwiegender Erdbeben liegt in der Schweiz vielleicht bei einem Ereignis pro tausend Jahre, und die Denkbare, dass deshalb einer der vielen Dämme brechen würde, ist etwa in der gleichen Grössenordnung.» Prof. Weinberg zeigte anhand des Rasmussen-Reports (über die Sicherheit von Leichtwasserreaktoren), dass die Wahrscheinlichkeit bei Kernkraftwerken um Zehnerpotenzen niedriger liegt, und fügte bei: «Seltsamerweise betrachten die meisten Menschen Staudämme als sicher genug und ereifern sich gleichzeitig über die ‚enorme Gefahr‘ von Kernkraftwerken.»

Der beste Beweis: der Erfolg

Wenn man zu ergründen sucht, warum viele Leute vor Kernkraftwerken Angst haben, so muss man, wie Prof. A. Weinberg betonte, zuerst vor allem nach den Eigenschaften der Kernenergie suchen, die prinzipiell verschieden von denjenigen der konventionellen energieerzeugenden Systeme sind. «Als erstes scheint mir das Aufkommen einer vorher unbekanntes Gefahrenquelle – die radioaktive Strahlung – eine wesentliche Rolle zu spielen. Dabei ist aber zu bedenken, dass zur Zeit, als die Elektrizität eingeführt wurde, ebenfalls viele Leute über die neuen möglichen Gefahren beunruhigt waren – und dies nicht ganz zu Unrecht, werden doch jedes Jahr mehrere tausend Leute durch den elektrischen Strom getötet. Der nun viel grössere Widerstand gegen die meiner Meinung nach wesentlich ungefährlichere nukleare Energieform ist wohl dadurch zu erklären, dass die weltweite Einfüh-

rung dieser neuen Energie in eine Zeit fällt, in der das Publikum nachteilige Nebeneffekte des technologischen Zeitalters viel sensibler registriert als in früheren Jahren.»

In seinen Schlussbetrachtungen wandte sich Prof. A. Weinberg auch der nuklearen Kontroverse und der künftigen Energieversorgung zu: «Ich hoffe, dass ein anhaltend erfolgreicher Betrieb der Kernkraftwerke zusammen mit der wachsenden Verknappung der Erdölreserven die Angriffe schliesslich zum Verschwinden bringt und die Leute begreifen werden, dass die Kernenergie eine unerschöpfliche und – wenn richtig gehandhabt – genügend sichere Energiequelle ist. Die Kernenergie abzulehnen und an solch magische Dinge wie Fusions-, Sonnen- und geothermische Energie als Lösung des Energieproblems zu glauben, wird sicherlich zu einem katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang führen.» «Sarganserländer», Mels, 4. November 1975

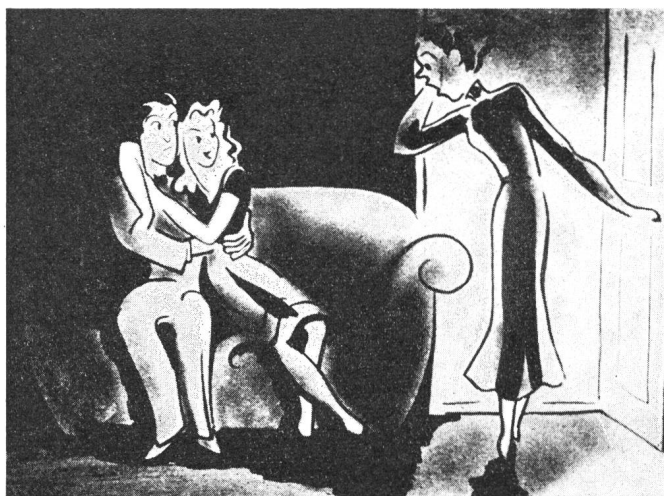
Spiel ohne Ende

Mit praktisch der genau gleichen Mannschaft wie in der Mai- und Septembersession bestritt der bernische Grosse Rat gestern, am ersten Tag seiner Novembersession, die jüngste Ausmarchung um den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes in der oberaargauischen Gemeinde Graben. Argumente und Forderungen waren nicht neu, und auch das Resultat blieb sich gleich wie in den vorangegangenen Runden. Je länger die Debatte dauerte, desto mehr kam der regelmässige Sessionsbesucher zur Überzeugung, diesem Spiel schon mehrmals beigewohnt zu haben.

Dass der Betrieb von Atomkraftwerken ein gewisses Risiko in sich birgt und in der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden deshalb angesichts dieser neuen «Gefahr» ein Unbehagen vorhanden ist, lässt sich nicht wegdiskutieren. Auch die Tatsache nicht, dass man die Möglichkeit eines Unfalls – wie anderswo auch – nie hundertprozentig ausschliessen können. Ebenso wenig lässt sich aber abstreiten, dass bei stetig wachsendem Energiebedarf, der fast totalen Abhängigkeit unseres Landes vom Erdöl und den restlos genutzten Wasserkraften nach neuen Energiequellen Ausschau gehalten werden muss. Und beim heutigen Stand der Dinge bietet sich hier eben nur die Kernenergie an.

Masshalten, nüchterne Klärung aller Fragen und vor allem eine umfassende und sachliche Orientierung der Bevölkerung sind dabei oberstes Gebot. Wenn aber in dieser Sache alles angezweifelt wird und immer wieder neue Expertisen und Oberexpertisen gefordert werden, hat das mit sachlicher Aufklärung wenig bis nichts mehr zu tun. Vielmehr zielt dies darauf ab, den Energiehaushalt unseres Landes aus dem Gleichgewicht zu bringen und das Energiebeschaffungskonzept über den Haufen zu werfen. Doch eben – auf der Suche nach politischem Proviant ist einigen Leuten jeder mögliche Jagdgrund recht. Bruno Bernhard

«Der Bund», Bern, 4. November 1975



Comment, vous avez éteint?

Par économie, Mademoiselle, uniquement.

L'étincelle, Bulletin du personnel de la SRE, Clarens, septembre 1975